

# Liechtensteiner Landeszeitung.

Vierter Jahrgang.

Baduz, Samstag

Nro. 15.

16. Juni 1866.

Dieses Blatt erscheint in der Regel monatlich 3mal und kostet ganzjährig 1 fl. 50 fr. Einrückungsgebühr für die gespaltene Zeile 4 Nfr. Man bestellt die Zeitung in Baduz bei der Redaktion — in Feldkirch bei der löbl. Wagner'schen Buchhandlung oder bei der k. k. Post. Die Redaktion besorgt auch Bestellungen auf das liechtenst. Landesgesetzblatt.

Baduz, 13. Juni.

Die schleswig-holstein'schen Händel legten den Grund zur österreichisch-preussischen Freundschaft und nun sind sie der Zankapfel zwischen ihnen geworden. Auf die österreichische Einberufung der holsteinischen Stände marschirten die in Schleswig stehenden preussischen Truppen nach Holstein, um die Oestreicher, etwa 3000 Mann, hinauszudrängen. Der berühmte Großsprecher Mantuffel war auch sofort zur Stelle um die Regierung für Preußen in die Hand zu nehmen. Die Stände-Mitglieder, welche auf den 11. in Ikehoe zusammengekommen waren, durften nicht tagen; der Regierungsrath Lesser wurde arretirt und von einem preussischen Hauptmann nach Rendsburg transportirt. Gablenz, der österreichische Statthalter, verließ mit seinen Truppen Holstein, nachdem er noch gegen die preussische Besignahme — protestirt hatte. Durch diesen Rückzug der Oestreicher ist Preußen mit einem Schlage in den Alleinbesitz der Herzogthümer gelangt, und nachdem es dieses Ziel erreicht hat, kann es ruhig zusehen, ob Oestreich den Kampf beginnen werde. Dieses wird aber um so weniger den Angriff machen, da es ja die Entscheidung der Herzogthümerfrage dem Bunde zuweist. Wenn wir aber die Elemente dieser Körperschaft mustern, so will es uns nicht dünken, als ob sich ein Beschluß auf Bundesrefutation durchsetzen ließe. Auf alle Fälle war das Vorgehen Oestreichs ein meisterhafter Schachzug in Rücksicht auf seine eigene Lage. Es bleibt dem deutschen Bunde überlassen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sehen wir zu, ob der im Stande ist, sich auf den Beinen zu halten.

Der Bund muß den rebellischen Friedensbrecher zur Ordnung treiben, wenn er Lebensfähigkeit hat. Hoffen wir dies! Denn der Bund muß aufrecht bleiben, wenn nicht Gesamtdeutschland in österreichischen und preussischen Provinzen aufgehen soll. Man will im übrigen Deutschland nichts wissen von Preußen und nichts von Oestreich, aber eine Bundesmacht will das Volk, die im Stande ist, sich Gehorsam zu verschaffen in dem Bereiche der Rechte, die ihr zustehen; die aber jedem Staate seine Eigenthümlichkeit läßt und die Freiheit, daß sich dessen bürgerliche Geseze und Einrichtungen den Gewohnheiten seiner Bewohner anpassen dürfen. Wir wollen keine Oberpräsidenten, keine Präfecten! Das wäre der Tod der Freiheit. Hat ja die Schweiz und hat Nordamerika eine starke Bundesgewalt bei so großer

Selbstständigkeit der Cantone im Innern. Und sogar das englische Staatsleben ist auf eine derartige Selbstständigkeit kleinerer Bezirke oder Gauen (Grafschaften) gegründet. Schon hat sich die Nachäfferei der französischen Staatsmaschinerie allzutief gesetzt in den größern Mittelstaaten. Es ist an der Zeit, diesem Unwesen ein Ziel zu stecken durch die Rückgabe der Selbstverwaltung an die Kreise, Bezirksverbände und Gemeinden. Ein Umsichgreifen der preussischen Annerationsegelüste, ein Aufgehen einzelner Staaten in größeren bringt unvermeidliche Centralisation.

Wie wir zu einer solchen Bundesgewalt kommen, das vermag kein Sterblicher vorauszu sehen. Wie ist eine solche Bundesgewalt mit Nationalvertretung denkbar neben einem Kaiser von Oestreich und König von Preußen und den Volksvertretungen ihrer Länder? Gelingt es, daß sich die übrigen Staaten zu einem engeren Verbande einigen, vermögen es die Monarchen dieser Staaten, ihre Militärherrschaft dran zu geben und alles das, was die Macht dieser Vereinigung schädigen könnte: dann ist ein großer Schritt, vielleicht der einzig mögliche zur Einheit gethan. Dieser engere Bund ist kein Sonderbund, er hemmt nicht die Einigkeit mit den beiden Großstaaten, sondern er bahnt ihr die Wege und ist im Stande gegebenen Falls sie zu erzwingen.

Die Stellung der übrigen deutschen Staaten zu Oestreich ist noch nicht klar. Man traut der Wiener Politik nicht, weil sie nicht frei und unverhohlen zur liberalen Sache hält. Schöne Worte wurden schon viele gesprochen, man will einmal Thaten! Hätte Oestreich den Länderschacher mit Preußen nicht getrieben, hätte es den Bund immer respektirt, ganz Deutschland fiel ihm jetzt begeistert zu. So aber anerkennt man zwar sein gutes Recht, man rühmt die endliche Umkehr zum Bundesrecht: allein man ist zurückhaltend.

Am Bundestag protestiren Oestreich und Preußen gegenseitig gegen die vertragswidrigen Handlungen des Andern. Preußen gesteht die Regelung der Streitfrage nur einem Parlament zu, während Oestreich heute den Bund dazu berechtigt hält.

## Allerhand Neuigkeiten.

**Oestreich.** Am 4. Juni tagte in Gößis eine Versammlung, welche die Statuten einer Viehversicherung-Anstalt für Vorarlberg feststellte. — Im ganzen